

Eidgenössisches Departement
für auswärtige Angelegenheiten EDA
Generalsekretariat EDA
Herrn Bundesrat Ignazio Cassis
Bundeshaus West, 3003 Bern

Per E-Mail: vernehmlassung.paket-ch-eu@eda.admin.ch

Basel, 08. Juli 2025

Stellungnahme zum Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU»

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, uns zum ausgehandelten Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU» äussern zu können und nehmen nachfolgend gerne zu den für die pharmazeutische Industrie wichtigsten Eckpunkten Stellung.

Interpharma, der Verband der forschenden Pharmaindustrie in der Schweiz, vertritt die exportstärkste Branche des Landes. Rund 105 Milliarden Franken beträgt der Wert der Pharmaprodukte, die jährlich ins Ausland verkauft werden. Unsere Mitgliedsfirmen haben in der Schweiz mehr als 90 Prozent des Marktanteils an patentierten Medikamenten und investieren hierzulande jährlich über 9.5 Milliarden Franken in Forschung und Entwicklung.

Bedeutung der Beziehungen Schweiz-EU für die forschende Pharmaindustrie

Stabile Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU und der barrierefreie Zugang zum europäischen Binnenmarkt sind für die Zukunft der forschenden Pharmaindustrie in der Schweiz entscheidend. Fast die Hälfte der pharmazeutischen Exporte gehen in die EU, weshalb die Unternehmen in der Schweiz stark auf die Aktualisierung des MRA und einen möglichst ungehinderten Zugang zum EU-Binnenmarkt angewiesen sind. Darüber hinaus sind der freie Personenverkehr und die Zusammenarbeit im Bereich der Forschung, insbesondere die Assoziierung zu Horizon Europe, für die Branche von zentraler Bedeutung.

Interpharma unterstützt die Stabilisierung und Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zur Europäischen Union (EU) auf Basis des vorgelegten Pakets «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz-EU». Das ausgehandelte Paket sorgt für Rechtssicherheit und Planbarkeit mit der wichtigsten Handelspartnerin in einem von zunehmender Unsicherheit geprägten internationalen Umfeld.

Die Pharmaindustrie hat als einer der wichtigsten Wirtschaftssektoren der Schweiz konkrete Bedarfe in Bezug auf das Paket Schweiz-EU. Knapp 50% der Schweizer Pharmaexporte gehen in die EU, danach kommen mit knapp 30% die USA. Die Zahlen zeigen: Die EU ist nicht die einzige wichtige Handelspartnerin, aber die grösste für unsere Industrie. Die Wichtigkeit der guten und stabilen Beziehungen zur EU akzentuiert sich angesichts der aktuellen geopolitischen Entwicklungen, die die Schweizer Wirtschaft und die Pharmaindustrie vor erhebliche Herausforderungen stellen. Die Handelspolitik der USA hält die Wirtschaft in Atem und droht, globale Lieferketten zu beeinträchtigen. Betrachtet man zudem die diversen globalen Krisen ist klar: Die Schweiz muss den Standort stärken und ihrer Innovationskraft Sorge tragen. Im Standortwettbewerb sind kontinuierliche Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie gute Rahmenbedingungen essenziell. Die Schweiz hat es mit dem Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz-EU» nun in der Hand, die Beziehungen mit der EU langfristig zu sichern und sich als souveränen international vernetzten Akteur in einem herausfordernden Umfeld zu positionieren.

Das Paket Schweiz-EU stellt die wirtschaftliche und politische Beziehung zur EU auf ein solides Fundament und gibt dem Forschungs- und Produktionsstandort Schweiz damit die benötigte Planungs- und Rechtssicherheit. Die Attraktivität des Standorts Schweiz für die Firmen hängt sowohl mit Bedingungen in der Schweiz als auch mit den guten und stabilen Beziehungen zur EU zusammen.

Stellungnahme zu den Elementen des Pakets

Interpharma anerkennt, dass in den Verhandlungen die Vorgaben des Schweizer Mandats mit Ausnahme des Lohnschutzes mindestens umgesetzt werden konnten. Gleichzeitig konnte die Schweiz mit der Schutzklausel im Änderungsprotokoll zum Abkommen über die Personenfreizügigkeit eine Verbesserung gegenüber dem Mandat erreichen, die innenpolitischen Bedürfnissen Rechnung trägt. Das Verhandlungsmandat hatte Interpharma unterstützt und ist nun entsprechend erfreut über das positive Verhandlungsergebnis.

Für die forschende pharmazeutische Industrie sind insbesondere das MRA, die Personenfreizügigkeit und die Forschungszusammenarbeit innerhalb des Abkommens über die Teilnahme der Schweiz an den Programmen der Union relevant.

MRA

Das uneingeschränkte Funktionieren des MRA ist zentral für die exportstarke Pharmaindustrie. Interpharma begrüsst die Integration der institutionellen Elemente in das MRA. Durch die dynamische Integration relevanter Rechtsakte der EU in das Abkommen wird ein klarer und vorhersehbarer Mechanismus geschaffen, der der Industrie Rechts- und Planungssicherheit bringt.

Wir begrüssen die *gemeinsame Erklärung zum Umfang der Partnerschaft und der Zusammenarbeit im Zeitraum von Ende 2024 bis zum Inkrafttreten des umfassenden bilateralen Pakets*. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass das gute Funktionieren des MRA auch in dem Fall, dass die EU ihre Arzneimittelgesetzgebung vor Inkrafttreten des bilateralen Pakets revidiert, absolut notwendig ist.

Personenfreizügigkeit

Der Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften ist in der Pharmaindustrie besonders ausgeprägt. Ohne diese Fachkräfte würde in der Pharmabranche weniger geforscht und produziert werden, denn der nationale Arbeitsmarkt ist – trotz laufenden Bemühungen, ihn zu stärken – zu klein, um die hohe Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften zu decken. Auf Basis des Änderungsprotokolls zum Abkommen über die Personenfreizügigkeit, das Ausnahmen, Absicherungen und eine Schutzklausel vorsieht, kann die Personenfreizügigkeit weiterhin arbeitsmarktorientiert genutzt werden. Bei den möglichen Schwellenwerten für die Aktivierung der Schutzklausel könnten sich jedoch gewisse Indikatoren wie die Nettozuwanderung und Grenzgänger als problematisch herausstellen, da sie prozyklisch sind und bestimmte Unternehmen aus der forschenden Pharmaindustrie stark exponieren könnten. Es ist auf eine Ausgestaltung zu achten, die die Bedürfnisse von Innovationsbranchen und Grenzregionen berücksichtigt.

Forschungszusammenarbeit

Nur dank der internationalen Vernetzung des Schweizer Forschungsplatzes ist die Schweiz heute eines der innovativsten Länder der Welt. Interpharma begrüsst die Assoziierung der Schweiz an HORIZONT 2020 im Rahmen des Abkommens über die Teilnahme der Schweiz an den Programmen der Union. Die Forschungszusammenarbeit zwischen der Schweiz und EU-Ländern ist von grosser Bedeutung, um den Schweizer Forschungsstandort wettbewerbsfähig und international vernetzt zu halten. Die Assoziierung sollte – insbesondere in Zeiten geopolitischer Unsicherheit – unbedingt bestehen bleiben, um Innovationsprojekte und Wettbewerbsfähigkeit in der EU und in der Schweiz zu sichern.

Stromabkommen

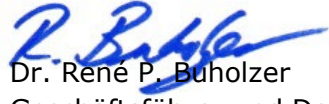
Interpharma begrüsst das neu ausgehandelte Stromabkommen, da es eine Verbesserung der Versorgungssicherheit und Netzstabilität bringt. Die forschende Pharmaindustrie ist insbesondere aufgrund der komplexen biotechnologischen Prozesse in der Forschung und Produktion auf eine stabile Energieversorgung angewiesen. Das Abkommen gewährleistet langfristig Versorgungssicherheit und Netzstabilität – auch im Winter. Es bringt zudem Rechtssicherheit, was für die Industrie insbesondere für den Fall einer Mangellage wichtig ist.

Gesundheitsabkommen

Die Beschränkung des Gesundheitsabkommens auf die Kooperation im Bereich der öffentlichen Gesundheit ist eine richtige Entscheidung. Ein Binnenmarktabkommen hätte die Übernahme der Richtlinie 2011/24/EU und damit eine Gefährdung des Territorialitätsprinzips und eine potenzielle Schwächung der eigenständigen Swissmedic mit sich gebracht. Interpharma steht einer künftigen Weiterentwicklung des Abkommens kritisch gegenüber. Insbesondere erwarten wir im Falle einer Weiterentwicklung einen frühzeitigen Einbezug.

Wir bedanken uns nochmals, sehr geehrter Herr Bundesrat, für Ihren Einsatz für die Sicherung des bilateralen Weges.

Freundliche Grüsse



Dr. René P. Buholzer
Geschäftsführer und Delegierter des
Vorstands



Manuel Ackermann
Leiter Governmental Affairs und
Standort, Mitglied der Geschäftsleitung